

# Broder sammelte deutsche Zitate zu 9/11

Henryk M. Broder hat Zitate von Deutschen zu 9/11 gesammelt. Wir haben ja auch Leute hier im Blog gehört, und die [Sezession bekennt sich nun](#) auch als Verschwörungstheoretiker. Reife Leistung.

Hier Broders Zusammenstellung deutscher Zitate in WELTWOCHE 37/2011:

*Angesichts von Millionen Toten in den vergangenen Jahrzehnten, die durch Bomben der USA und ihrer Vasallen starben, ist der 11. September 2001 eine Marginalie. Wer liest die Namen der vietnamesischen Kinder vor, die im amerikanischen Napalm verkohlten?» – «Jeder Tag ist 9/11, zirka 100 000 Menschen verhungern täglich.» – «Die Konzentration auf einen verordneten Gedenktag ist unerträglich.» – «Auge um Auge, Zahn um Zahn. Es wird die USA garantiert wieder treffen.» – «Denn wer Sturm sät, wird Orkan ernten.» – «Es sterben so viele Menschen, jeden Tag. Auf der ganzen Welt. Was macht diese 3000 so besonders? Zumal die USA den Hass gegen sich geschürt und nie ernst genommen haben. Amerika hat es sich zuzuschreiben. Es war ein zu verurteilender Terrorakt, aber schlimmer als das alltägliche Geschehen auf der Welt ist es kein bisschen!» – «Als ich die Bilder vor zehn Jahren sah, dachte ich an die Opfer in Dresden und anderen deutschen Städten, wo es Millionen Tote gab. Heute denke ich an die unschuldigen Toten, die es durch über 8000 Nato-Luftangriffe auf Libyen gab und gibt.» – «Was ist eigentlich mit den Hunderttausenden, die in Japan durch Atombomben gestorben sind? Haben Sie da eigentlich auch am Gedenktag schon getrauert, Herr Broder? Oder passt das nicht ins Freund-Feind-Schema?» – «Broder verschweigt gleichzeitig aber alle völkermörderischen Aktivitäten der Amerikaner – angefangen beim Genozid an den Ureinwohnern der USA – den*

*Indianern!» – «Wann gedenkt die Welt der Millionen Indianer, Schwarzen, Dresdener, Hamburger, Koreaner, Vietnamesen, Jugoslawen, Iraker, Afghanen und ungezählten CIA- und NSA-Opfer, die Amerika in seiner Geschichte bis heute produziert hat?» – «Warum zur Hölle muss man um irgendwelche Amerikaner trauern? Wer bestimmt das? Ist das per Gesetz irgendwo festgeschrieben? Ich trauere lieber um die Millionen ermordeten Menschen auf der ganzen Welt, die unschuldig Opfer des amerikanischen Imperialismus wurden.» – «Den Fernseher kann man ja dieses Wochenende getrost auslassen, weil altbekannter Katastrophenherzschmerz kommt. Die Anschläge waren schrecklich, aber daraus gelernt haben die USA nichts.»*

---

## **Die FREIHEIT zu Alan Posener und SZ**



Am 03.09.2011 trat Geert Wilders bei einer Veranstaltung der FREIHEIT auf. Die Medien haben die mittlerweile 2. Berliner Rede des niederländischen Politikers zum Teil heftig kritisiert. Meist aber die Inhalte verfälschend wiedergegeben, wobei sich Alan Posener [in der Welt](#) besonders hervortat. Nun reagiert der bayerische Landesvorsitzende der FREIHEIT, Christian Jung, mit einer Video-Stellungnahme auf einige ausgesuchte Falschdarstellungen

der Presse.

In seinem Kommentar geht Jung insbesondere auf die Behauptung Alan Poseners ein, der Beifall sei an der Stelle, bei der es um die Streichung der Unterstützung von antiisraelischer Aktivitäten und Organisationen gehe, geringer als sonst. Posener will damit selbstverständlich suggerieren, man nehme es mit den israelfreundlichen Positionen nicht so ernst – sprich: das sind die üblichen Rechtsradikalen. Allerdings ist genau an dieser Stelle der Beifall zumindest genauso beachtlich wie bei vielen anderen Stellen der Wilders-Rede auch. Es gibt nur eine Äußerung Wilders zu Israel, bei der Applaus – zunächst – nicht ganz so stark ausfällt. Allerdings halten sich das Publikum kurz zurück, da sie merken, dass Geert Wilders seinen Gedanken noch nicht zu Ende geführt hat. Daher stellen sie den aufkommenden Applaus ein, um dann umso stärker der Aussage „Wir lieben Israel“ Beifall zu spenden.

Posener macht durch seinen Verfälschungsversuch, den er noch nicht mal exakt an der richtigen Stelle der Rede ansetzt, klar, dass er keine Argumente gegen die von Geert Wilders vorgetragenen und dem Publikum gefeierten Inhalte hat.

Man mag sich darüber streiten, ob der zweite Versuch der Lesertäuschung Posener plumper ist, oder lediglich auf die im Bezug auf seine Falschdarstellung geringe Bildung seiner Leser setzt. Jedenfalls greift der „Welt“-Autor das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, auf das Geert Wilders abzielt. Dass sich dieses nun einmal ausschließlich im Rahmen eines Nationalstaates verwirklichen lässt, unterschlägt Posener und raunt etwas vom unfreundlichen Umgang der Nationalstaaten mit der Demokratie. Wie wenig freundlich freilich der Islam – den zu kritisieren Posener seinen Mitmenschen unterschlagen will – mit der Demokratie umgeht, verschweigt der Journalist.

Doch man müsste die [Süddeutsche Zeitung](#) ignorieren, wollte man die Spitze der Falschdarstellung bei Posener sehen. Das Blatt

aus der bayerischen Hauptstadt schwingt denn auch vollkommen enthemmt die Nazi-Keule. So versteigt sich Medium aus München dazu, die von Wilders dargelegte Überlegenheit der westlichen Kultur mit der Nazi-Ideologie der rassistischen Überlegenheit der Einfachheit halber und augenscheinlich in Ermangelung intellektueller Leistungsfähigkeit in einen Topf. Welche Werte die Süddeutsche auch immer zu vertreten vorgeben mag, es dürften solche sein, die Errungenschaften der westlichen Kultur sein. Oder ist die SZ nun etwa doch – um nur ein Beispiel zu nennen – gegen die Freiheit der Presse?

---

## **Papst soll vor Internationalen Gerichtshof**

Die Bürgerrechtsbewegung «Center for Constitutional Rights» (CCR) und die Opfer-Organisation «Survivors Network of those Abused by Priests» (SNAP) haben am 13. September beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Klage gegen den Papst und drei Kardinäle eingereicht. Das Quartett ist laut Klageschrift für «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» verantwortlich. Diese [Meldung wird gerade durch die Presse gesendet](#). Manche Leute haben einfach einen Sprung in der Schüssel!

---

# Offener Brief an Markus Beisicht

☒ Gut eine Woche nach dem [Offenen Brief](#) des PRO-NRW-Vorsitzenden Markus Beisicht an René Stadtkewitz kam nun die [Antwort](#) des Bundesvorsitzenden der FREIHEIT, ebenfalls in Form eines Offenen Briefes. Darin lehnt Stadtkewitz das Kooperationsangebot aus Köln höflich ab und stellt fest, dass die Akteure von PRO in Berlin „wohl die wahren Spalter der PRO-Bewegung“ sind.

Sehr geehrter Herr Markus Beisicht,

zunächst bedanke ich mich für Ihren Offenen Brief. Schade, dass der Umgang Ihrer Partei mit unserem Projekt bisher nicht immer in dieser anständigen Form erfolgte.

Ferner bedanke ich mich für Ihre Klarstellung. Bislang betonten Ihre Vertreter in Berlin stets, PRO-Deutschland und PRO-NRW seien zwei voneinander unabhängige Organisationen oder Parteien, zwischen denen außer ihren Gründungsmitgliedern keine Verbindung besteht. So wies z.B. der Berliner Landesvorsitzende von PRO-Deutschland, Lars Seidensticker, stets darauf hin, dass nur PRO-NRW vom Verfassungsschutz beobachtet würde, PRO-Deutschland jedoch völlig anders sei. Das führt mich zu dem Schluss, dass Ihre Berliner Kollegen wohl die wahren Spalter der PRO-Bewegung sind.

Zur Sache: Sie haben durchaus Recht mit Ihrer Feststellung, dass unser Land vor großen Problemen steht. Sie haben jedoch vollkommen Unrecht, wenn Sie so tun, als würden Ihre und unsere Partei dieselben Lösungsansätze dazu bieten. Ersichtlich wird dies nebst offensichtlichen inhaltlichen Differenzen – exemplarisch seien die Israelfrage, die Sozialpolitik und die direkte Demokratie genannt – vor allem bei Personalfragen. Ich habe bereits mehrfach zum Ausdruck

gebracht und wiederhole hiermit erneut, dass ich es für einen großen Fehler der PRO-Bewegung halte, ehemalige NPD- und DVU-Funktionäre in Führungspositionen aufzunehmen. Für eine Zusammenarbeit mit einem solchen Projekt, das mir inhaltlich und personell wie eine Neuauflage der NPD in moderatem Gewande erscheint, stehe ich nicht zur Verfügung.

Zudem beschränkt sich Ihre Partei auf diese Weise auf eine Wählerschaft am rechten Rande der Gesellschaft. Ich glaube aber nicht, dass eben jene Probleme, die Sie benannt haben und vor denen unser Land steht, aus einer Nische heraus gelöst werden können. Im Gegensatz zu Ihrer PRO-Bewegung hat unsere Partei langfristig das Potenzial, zur wählbaren Alternative für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Diese Zielsetzung ist zweifelsohne ambitioniert. Und ich kann nicht garantieren, dass wir dieses Ziel je erreichen werden. Ich bin mir aber sicher, dass wir es garantiert nicht erreichen werden, wenn wir mit Ihrer PRO-Bewegung kooperieren und damit die fatalen, personellen Fehlentscheidungen wiederholen, die Sie in der Vergangenheit getroffen haben.

Auf diese Weise lässt sich keine seriöse politische Alternative entwickeln. Und die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr hat dies deutlich gezeigt: Nach Ihrer mehr als 14-jährigen Arbeit in diesem Bundesland haben Sie gerade einmal 1,38 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Und das, obwohl die CDU im Vergleich zur Wahl davor mehr als eine Million Wähler verloren hat.

Daher haben Sie bitte Verständnis, dass ich es nicht für sinnvoll halte, sondern im Gegenteil, für destruktiv, Gespräche mit Ihnen aufzunehmen.

Abschließend wundere ich mich, dass Sie erneut darauf anspielen, es hätte zwischen uns bereits Gespräche zwecks einer Zusammenarbeit gegeben, die es nun fortzusetzen gelte. Wahr ist, dass es solche Gespräche nie gegeben hat. Wahr ist zudem, dass wir jüngst Ihren Berliner Spitzenkandidaten

Manfred Rouhs gerichtlich auffordern mussten, es endlich zu unterlassen, dergleichen zu behaupten.

Trotz aller Unstimmigkeiten, die es gegeben hat, wünsche ich Ihrer Partei für die Wahl am 18. September alles Gute. Denn Demokratie bedeutet, auch andere Meinungen und ihre demokratische Legitimation zu akzeptieren. Dieselbe Haltung wünsche ich mir fortan auch von Ihrer Partei uns gegenüber.

Mit freundlichen Grüßen,

René Stadtkewitz

Vorsitzender Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin

PS: Darüber hinaus bitte ich Sie, in diesem Zusammenhang auch die Haltung unserer Parteimitglieder zu respektieren. Wenn die PRO-Bewegung aus Sicht der Mehrzahl unserer 2.100 Mitglieder die richtige politische Alternative wäre, dann gäbe es DIE FREIHEIT gar nicht. Die Wahrheit ist jedoch: die meisten unserer Mitglieder wollen keine Kooperation mit der PRO-Bewegung. Und viele würden in diesem Fall sogar aus unserer Partei austreten. Ich im Übrigen auch.

---

## **Links versiffte Dumont-Presse greift PI an**

Die Frankfurter Rundschau, die BZ und der [Kölner Stadtanzeiger](#) veröffentlichen heute alle denselben Artikel über PI, wo sie von einem internationalen [Netz von Islamfeinden daherfaseln](#), von einem „Netzwerk der Finsternis“, und geheime Machenschaften aufdecken wollen. Dabei ist doch alles ganz

einfach! Jeder kann sämtliche Artikel von PI auf PI lesen und sich selber ein Bild machen. Braucht man dazu linke Geier wie die Autoren Steven Geyer und Jörg Schindler?

Zweitens ist es das Normalste der Welt, wenn sich Gleichgesinnte treffen, eine Email schreiben oder Hilfe anbieten, seien das Philatelisten, kommunistische Politiker oder konservative Blogger, und das gilt natürlich auch für befreundete Ausländer. Drittens ist es selbstverständlich, daß in einem Team unterschiedliche Ansichten herrschen! Und diese unterschiedlichen Ansichten können auch veröffentlicht werden, (wiewohl ich den hier gerade ausgetragenen aktuellen Streit zwischen PRO und DF wenige Tage vor der Wahl für schädlich halte).

Auch manche PI-Leser scheinen zu meinen, PI sei ein monolithischer Block, der mit einer Stimme zu sprechen habe. Dem ist nicht so. Das Leben kennt kein eindeutiges Schwarzweiß, es gibt Widersprüche – in jedem einzelnen Menschen sogar! Warum soll das hier anders sein? Schauen Sie einfach unten, wer den jeweiligen Beitrag geschrieben hat, und Sie können sich ein Bild machen.

Worum es den linken Vögeln im roten Sumpf der Dumont-Presse geht, ist aber eh klar. Die Linksfaschisten möchten mit ihrer albernen Hetze unser Weblog dichtmachen. Da werden sie Pech haben!

---

## **Reisefreiheit heißt doch nicht Hartz IV**

Die EU hat eine Reihe von Freiheiten mitgebracht, darunter Personenfreizügigkeit, Reisefreiheit und



Niederlassungsfreiheit. Jeder EU-Bürger kann in ein anderes EU-Land und sich dort niederlassen, wo er will, und arbeiten, was er will. Das Recht gilt für manche Länder wie Bulgarien und Rumänien noch nicht vollständig, im nächsten Jahr soll es aber soweit sein. Anscheinend kassieren aber in NRW Zigeuner bereits Hartz IV oder sonstige Sozialhilfe. Wie kann das sein?

Reisefreiheit und Niederlassungsfreiheit heißt doch nicht, daß ich unter einer Brücke schlafe, bei Tag bettle und bei Nacht einbreche, und wenn das Geld immer noch nicht langt, kriege ich Hartz IV. Aber wie anders soll man folgende Artikel deuten?

*Rumänen und Bulgaren, die sich für längere Zeit allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhielten, dürfen von Hartz IV ausgeschlossen werden. Das hat das Landessozialgericht in Essen entschieden.*

Daß hier ein Urteil ergangen ist, bedeutet doch im Umkehrschluß, daß manche Anwälte die Frechheit besaßen, ein solches Recht einzuklagen, beziehungsweise, daß ab und zu bereits Gelder geflossen sind. Hartz IV oder sowas kann es aber nicht nur nicht für Zigeuner geben, sondern dies sollte allen Ausländer, ob mit oder ohne EU, verwehrt sein, was anscheinend auch nicht klar ist, wenn man diesen Artikel liest. Kann ein Deutscher nach Paris oder Wien, sich dort eine Wohnung nehmen und sich als Arbeitssuchender melden und gleich Sozialhilfe beziehen, weil er noch keine Arbeit hat? Das ist doch wohl ein Witz, aber hierzulande scheint das irgendwie zu laufen? (Dank für Tipp an? Name leider nicht mehr präsent! Sorry!)

---

# Griechen wollen Moschee für 16 Mio bauen



Sie stehen kurz vor dem Staatsbankrott. Seit 2008 halten sie ihren aufgeblähten Staats-Apparat nur mit EU-Geldern, die zu einem großen Teil aus den Taschen der deutschen Steuerzahler stammen, über Wasser. Aber ein Land, das seinen Beamten auch noch [Händewasch-Prämien](#), Belohnungen für Pünktlichkeit, Kopierzulagen und jährlich bis zu 18 Monatsgehälter aus dem europäischen Subventionstopf zahlt, hat natürlich auch noch Kohle für eine Riesenmoschee übrig. Man gönnt sich ja sonst nichts. Wie [Kopp-Online berichtet](#), soll jetzt in Athen für 16 Millionen Euro eine islamische Gebetskaserne gebaut werden.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Die Griechen haben es ja. Im Westen Athens wird nun zunächst eine provisorische und letztlich am gleichen Platz die Riesenmoschee errichtet. Laut Kopp Online haben am 7. September 198 von 300 Abgeordneten des griechischen Parlamentes diesem Plan zugestimmt:

*Bis vor wenigen Jahren noch hatte Griechenland eine Bevölkerung, die zu 97 Prozent aus christlich-orthodoxen Gläubigen bestand. Inzwischen sind zu den rund elf Millionen Griechen fast zwei Millionen (meist illegale) Einwanderer aus der Türkei, Afghanistan, dem Irak, Nordafrika und Pakistan hinzugekommen. In den letzten Monaten hatte die Vertretung der islamistischen Muslimbruderschaft in Griechenland (siehe den Bericht auf RIMSE) die sozialistische Regierung offen herausgefordert, indem viele ihrer Anhänger freitags in Athener Straßen beteten und den sofortigen Bau von Moscheen*

*einforderten. Im August 2011 gab die sozialistische Regierung erstmals nach und öffnete das Athener Olympia-Stadion für islamische Massengebete.*

*Die bankrotte griechische Regierung hat Angst davor, dass die Millionen von im Großraum Athen lebenden Migranten aus islamischen Ländern zusätzlich zu den unzufriedenen Griechen nun auch noch (wie schon 2009) nicht mehr kontrollierbare Ausschreitungen provozieren könnten. 2009 hatte es schwere Krawalle mit Muslimen gegeben, weil ein griechischer Polizist bei der Kontrolle einer illegalen Moschee einen Koran mit dem Schuh berührt haben soll. Die Regierung hat die geheimdienstlichen Überwachungsaktivitäten der Migrantengruppen in den letzten Tagen hochgefahren. Und der griechische Geheimdienst EYP warnte unlängst davor, dass Migrantengruppen dabei sind, in Zusammenhang mit den Wirren der Wirtschaftskrise immer größere Teile der Athener Hauptstadt zu übernehmen.*

Das erinnert an Schutzgelder, die man an die Mafia zu zahlen hat, um in Ruhe gelassen zu werden. Wie [kreuz.net](http://kreuz.net) Ende Dezember des vergangenen Jahres berichtete, leben in Athen rund 70.000 zumeist illegal eingewanderte Moslems aus dem Irak, Ägypten, Pakistan und Afghanistan, deren „Unzufriedenheit“ griechische Politiker offensichtlich nicht riskieren wollen. Und so will man auch noch den Imam dieser Moschee aus Staatsgeldern bezahlen. Fremde Knete, die man nicht selbst erwirtschaftet hat, lässt sich eben leicht für so etwas aus dem Fenster hinauswerfen. Die EU-Trottel finanzieren ja schon seit Jahren einen angesichts der wirtschaftlichen Realität völlig ungerechtfertigt hohen griechischen Lebensstandard.

Ein vermeintlich „solidarisches“ Unterstützungsprinzip, auf das sich arme und leistungsschwache Empfänger im Lauf der Zeit einrichten, trägt eben nicht als Leistung zur Selbsthilfe zur Überwindung eines Krisenzustands bei, sondern schafft

Abhängigkeiten, mit denen sich bequem leben lässt. Dies erinnert an sozialistische Systeme, die bisher letztlich alle an ihrer Leistungsunfähigkeit zugrunde gegangen sind.

Der „Dank“ der Griechen für die fortwährende Subventionierung vor allem aus Deutschland fällt bekanntlich auch etwas ungewöhnlich aus: Da werden [Hakenkreuze geschmiert](#), beispielsweise ans deutsche Generalkonsulat in Thessaloniki, bei Massendemonstrationen gegen das Sparpaket Krawalle veranstaltet und antideutsche Parolen skandiert.

Nicht nur deswegen müsste jetzt die politische Konsequenz sein, diesen EU-Sozialismus unverzüglich zu beenden. Aber darüber dürfen Regierungsmitglieder dieses Landes offensichtlich nicht laut nachdenken, wie auch der [Maulkorb der Kanzlerin](#) für Bundeswirtschaftsminister Rösler eindrucksvoll zeigt.